

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Doris Rost auf Vorschlag von pro Köln
Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken
Herr Paul Spörl (FDP) auf Vorschlag der Grünen

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Andreas Hildebrand Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz
Frau Regine Walter Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Frau Carmen Wöhler Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina auf Vorschlag des Integrationsrates

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Werner Völker Ev. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Anja Daub Agentur für Arbeit
Herr Biber Happe (FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Markus Peters auf Vorschlag der CDU
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Karl Tymister Agentur für Arbeit
Frau Derya Zeyrek agisra e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Er macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales die Beschlussvorlage TOP 4.1 (3647/2011 – Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes) am 10.11.2011 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen hat.

Als Tischvorlage wurde die Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.11.2011 zur Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Kräften in Kindertagesstätten (AN/2060/2011) als TOP 4.1.1 verteilt. Diese liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei.

Herr Dr. Heinen bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die FDP-Anfrage.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Mitteilungen

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Förderung von Projekten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen 2011
4195/2011

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3647/2011

zu 4.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA zu TOP 4.1 - Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

4.1.1 Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Kräften in Kindertagesstätten
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.11.2011)
AN/2060/2011

5 Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Nichtöffentliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Schneider, Herr Kienitz und Frau Jahn benannt.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Förderung von Projekten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen 2011 4195/2011

Frau Jahn bittet um Auskunft, wann mit dem Hearing zum Thema Partizipation gerechnet werden könne, welches bereits im Dezember 2010 einstimmig vom Jugendhilfeausschuss beschlossen worden sei.

Frau John teilt für die Verwaltung mit, dass dieses im Juni 2012 stattfinden werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Anlage aufgeführten Partizipationsprojekte in 2011 zu fördern.

Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2011 im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Anmerkung: Die Anlage ist der Niederschrift nicht nochmals beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt war ein stimmberechtigtes SPD-Mitglied nicht anwesend.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes 3647/2011

zu 4.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA zu TOP 4.1 - Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

4.1.1 Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Kräften in Kindertagesstätten (Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.11.2011) AN/2060/2011

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung ungeändert zu beschließen und den Zusatzantrag der LIGA in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Punkt 1 einen Tippfehler beinhalte. Korrekterweise müsse es 01.04.**2012** und nicht 01.04.2011 heißen. Sie bittet, die Änderung beim Beschluss zu berücksichtigen.

Herr Bergmann macht deutlich, dass der Zusatzantrag der LIGA unbedingt im Jugendhilfeausschuss inhaltlich beraten werden müsse. Sofern ein Verweis in die Haushaltsplanberatungen erfolge, müsse sichergestellt sein, dass der Zusatzantrag der LIGA in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zum Haushalt wieder auf der Tagesordnung stehe.

Herr Kienitz führt aus, dass alle Beteiligten inhaltlich in dieselbe Richtung wollen. Die CDU-Fraktion hätte den Antrag der LIGA mitgetragen, akzeptiere jedoch auch den Verfahrensvorschlag des Ausschussvorsitzenden. Sie werde selbstverständlich auch bei den Haushaltsplanberatungen den Zusatzantrag der LIGA weiterhin unterstützen.

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. bringen zum Ausdruck, dass auch sie die Beschlussvorlage grundsätzlich sehr begrüßen. Die Schiebung des Antrages in die Haushaltsplanberatungen werde als positiv befunden, da der Antrag der LIGA einer respektvollen Behandlung bedürfe und hierfür viel Zeit benötigt werde. Darüber hinaus sei aus der Beschlussvorlage der Verwaltung zu entnehmen, dass mit den neuen Kindertagesstätten weitere hauswirtschaftliche Kräfte zugesetzt werden sollen. Hierzu fehlen der Politik zur Zeit noch die notwendigen Aussagen zu den Kosten, so dass der Kompromiss, den Zusatzantrag der LIGA in die Haushaltsplanberatungen zu schieben, befürwortet werde.

Frau Jahn teilt mit, dass Frau Ministerin Schäfer einen Krippengipfel plane. Die ursprüngliche Planung habe die Finanzierung der hauswirtschaftlichen Kräfte über KiBiZ vorgesehen. In diesem Zusammenhang bittet sie die Verwaltung darauf hinzuwirken, dass die hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte im Rahmen der KiBiZ-Revision im KiBiZ verankert werden.

Herr Krücker und Frau Komke-Söntgerath merken an, dass der Titel der Beschlussvorlage irreführend sei, da es zu der Thematik keine Regelung im Tarifvertrag gebe. Da der Tarifvertrag für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes nicht die hauswirtschaftlichen Kräfte erwähne, seien diese auch nicht dessen Bestandteil. Die Verwaltung wird um eine fachliche Aussage, aus welchem Grund nicht von Anfang an auch die Kitas in freier Trägerschaft mit hauswirtschaftlichen Kräften ausgestattet worden seien, gebeten. Nach Meinung des Caritasverbandes seien hauswirtschaftliche Kräfte in allen Kitas notwendig. Herr Krücker befürchtet, dass der Antrag der LIGA durch die Verschiebung in die Haushaltsplanberatungen in Vergessenheit gerate, was aus fachlicher Sicht einer Katastrophe für die Versorgungssituation der Kinder in Köln gleichen würde. Frau Komke-Söntgerath betont nochmals, dass die Differenzierung eine Ungleichbehandlung darstelle, die nicht hinnehmbar sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt klar, dass die Vorlage eine logische Fortsetzung der Beschlussvorlage aus dem Jahr 2009 mit gleichem Titel sei. Der Einsatz von hauswirtschaftlichen Unterstützungskräften sei als Maßnahme zur Umsetzung des Gesundheitstarifvertrages entwickelt worden. Die Verwaltung sehe es als vorrangiges Ziel an, diesen für die städtischen Mitarbeiter vertragsgetreu umzusetzen. Den Vorschlag von Frau Jahn, darauf hinzuwirken, dass die hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte im Rahmen der KiBiZ-Revision im KiBiZ verankert werden, damit alle Kindertagesstätten von hauswirtschaftlichen Kräften profitieren können, werde die Verwaltung auf alle Fälle mitnehmen.

Frau Laufenberg bittet um Beantwortung der Fragen aus der als Tischvorlage vorgelegten Anfrage der FDP-Fraktion.

Hierzu ergreift Frau Brähler-Haucke das Wort für die Verwaltung. Zu der ersten Frage, mit wie vielen Wochen- bzw. Monatsstunden der Arbeitsvertrag für die hauswirtschaftlichen Kräfte ausgelegt sei, teilt sie mit, dass die Kräfte z.B. bei einer 4-gruppigen Einrichtung mit 20 Wochenstunden beschäftigt werden; dies entspreche 80 Monatsstunden. Auf die Frage nach dem Stundelohn entgegnet sie, dass der Bruttostundenlohn bei 8,54 Euro liege. Zur dritten Frage äußert Frau Brähler-Haucke, dass es in den derzeit bestehenden Kindertagesstätten insgesamt 106,54 Vollzeitstellen gebe. Zum 01.04.2012 seien 109,75 Vollzeitstellen eingeplant. Für den Fall, dass alle derzeit bekannten Planungen für 2012 städtisch werden würden, seien insgesamt 117 Vollzeitstellen, also ca. 10 zusätzliche Stellen haushaltsmäßig abgesichert. Auf Nachfrage von Frau Laufenberg versichert Frau Brähler-Haucke, dass weitere Erhöhungen des Essensgeldes nicht vorgesehen seien.

Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Zusatzantrag der LIGA und anschließend den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

1. Beschluss über den Änderungsantrag der LIGA:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der LIGA wird in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt war ein stimmberechtigtes SPD-Mitglied nicht anwesend.

2. Geänderter Beschluss über die Beschlussvorlage:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Unterstützungskräften ab 01.04.2012 im Umfang von 1 Stunde je Gruppe/Tag in städtischen Kindertagesstätten (entspricht zum 01.04.2012 voraussichtlich 109,75 Stellen) in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung unbefristet fortzuführen.

2. Mit Eröffnung neuer Gruppen/Einrichtungen werden hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte entsprechend zugesetzt.

3. Sofern nicht genügend Bewerberinnen/Bewerber zur Deckung des Personalbedarfs in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung ermächtigt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in anderen Beschäftigungsformen zu gewinnen.

4. Die haushaltsplanmäßigen Auswirkungen hinsichtlich des avisierten Personalbestandes sind bereits im Entwurf zum Haushalt 2012 im Teilplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen) berücksichtigt. Die Erträge aus der Erhöhung des Essensgeldes, die zur Finanzierung herangezogen werden, sind ebenfalls bereits im Entwurf zum Haushalt 2012 im Teilplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 04 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte), enthalten.

Durch die unbefristete Weiterbeschäftigung der hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte ergibt sich im Hinblick auf den Haushalt 2012 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2015 somit keine weitere Erhöhung des strukturellen Defizits und mithin keine zusätzliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage bzw. der Allgemeinen Rücklage.

Abstimmungsergebnis:

Bei vier Enthaltungen (AWO Köln, Caritasverband Köln, SkF Köln, Paritätischer) einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt war ein stimmberechtigtes SPD-Mitglied nicht anwesend.

5 Anfragen

Vor dem Hintergrund des zeitnahen Ausbaus von U3-Plätzen in Köln bittet Frau Komke-Söntgerath - im Auftrag der Träger der freien Wohlfahrtspflege - um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Investitionskostenanträge – und in welcher Höhe – konnten 2011 nicht berücksichtigt werden?
2. Wie viele darüber hinausgehende Anträge – und in welcher Höhe – liegen für das Jahr 2012 vor?
3. In welcher Höhe stehen Zuschussmittel des Landes im Jahr 2012 zur Verfügung?
4. Gibt es zu den Äußerungen der Ministerin über weitere Zuschussmittel bereits Angaben?
5. Gibt es Überlegungen, sich mit einem kommunalen Eigenanteil, so wie es bei den Bundesfördermitteln der Fall war, an den gegebenenfalls nicht ausreichenden Landesmitteln zu beteiligen?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Nichtöffentliche Anfragen

Nichtöffentliche Anfragen werden nicht gestellt.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
ausgef.: Anna Fischbach (Schriftführerin)